Cenî Info
Nr. 28
01.12.2013
Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

Es lebe der organisierte Kampf und die internationale Frauensolidarität



Unter dem Slogan „Es lebe der organisierte Kampf und die internationale Frauensolidarität“ haben u.a. kurdische Frauenvereine/-räte in vielen Städten Deutschlands und in den Hauptstädten Europas Aktivitäten rund um den 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, durchgeführt.
Vor 53 Jahren wurden die Schwestern Maria, Minerva und Patria T. durch die Geheimpolizei der Trujillo-Diktatur in der Dominikanischen Republik vergewaltigt und ermordet. Die drei Schwestern hatten jahrelang gegen die Diktatur Widerstand geleistet. Trotz Gefangenschaft und Folter hielten sie an ihrem Widerstand gegen Faschismus und Unterdrückung fest.
Im Gedenken an die Schwestern Mirabel wurde der 25. November zum internationalen Kampftag von Frauen gegen jegliche Form von Gewalt erklärt.
Die Verletzung von Frauenrechten, die Übergriffe, Vergewaltigungen an Frauen, das Zurückdrängen von Frauenpolitik, die gesellschaftliche Spaltung bis zur Reduzierung der Gesellschaft auf bloße Individuen werden als Unterdrückungsform gegen Frauen eingesetzt.
Der Widerstand in ROJAVA unter Führung der kurdischen Frauen wird auch im Namen des Widerstandes der Mirabal-Schwestern geführt. In Rojava wird sowohl ein starker Widerstand gegen das patriarchale System geführt, als auch eine alternative Frauengesellschaft aufgebaut.
Denn die Revolution ist weiblich!

Die drei am 9. Januar 2013 in Paris hingerichteten Frauen, Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Saylemez haben gegen Militarismus, das patriarchale Männersystem und den Faschismus gekämpft. In den Revolutionärinnen Sakine, Fıdan und Leyla wollte man den Widerstand der Frauen, ihre Entschlossenheit töten. Doch die Kräfte des kapitalistisch-faschistischen Systems waren nicht erfolgreich und werden darin nie erfolgreich sein. Denn Sakine, Fıdan und Leyla, genau wie die Mirabal-Schwestern sind schon zu Millionen geworden.
Es lebe der internationale Frauensolidarität!

Ceni e.V.

NEIN zu Brautgeld!

Die von der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. geleisteten Forschungsarbeiten, die Themen, die Frauen in den Seminaren ansprechen, die Geschichten, über die Frauen in der täglichen Beratungsarbeit berichten zeigen alle auf, das Brautgeld innerhalb von Religion beeinflussten Gesellschaften wie z.B. der Kurdischen, Arabischen, Türkischen, Persischen, Afghanischen und Indischen eines der wichtigsten sozialen Probleme und gleichzeitig eine der traditionellen Formen von Gewalt an Frauen ist.

Der Gebrauch von Brautgeld reduziert die Frau auf eine Ware, die gekauft und verkauft werden kann. Er demütigt Frauen und bricht ihren Willen und ihre Würde. Diese konservativ, rückschrittlichen Beziehungsformen erniedrigen nicht nur Frauen sondern auch Männer. Soziale Beziehungen die auf Besitz und Versklavung beruhen ermöglichen auch für den „Herrn“ keine Freiheit. Freie Beziehungsformen können nur gleichberechtig entwickelt werden. Um diesen gesellschaftlichen Sexismus zu überwinden und eine demokratische und geschlechterbefreite Gesellschaft zu erschaffen, ist es nicht nur notwendig, dass Frauen sondern ebenso Männer gegen diese auf Besitz und Unterdrückung basierenden Beziehungsformen kämpfen.

Brautgeld steht in direktem Zusammenhang mit einer Denkweise, die Frau als Eigentum definiert. Der Frau ihren eigenen freien Willen abzusprechen und sie auf einen Gegenwert in Geld, einen Besitzwert zu reduzieren ist eine Annäherungsweise, die wie auch immer sie benannt wird, nicht zu akzeptieren ist!
Anläßlich des 25.November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, beginnt UTAMARA die Kampagne „NEIN zu Brautgeld!“

Alle Personen, Gruppen, Organisationen und Einrichtungen, werden dazu aufgerufen die gegen jede Form von Gewalt an Frauen kämpfen, die Kampagne „NEIN zu Brautgeld“ zu unterstützen.
Die Brautgeld-Scham beenden!
Beziehungen die auf Besitzverhältnissen beruhen sind Sklaverei!

UTAMARA e.V. 25.11.2013



Kurznachrichten:

Tunesische Frauen für Sex-Dschihad nach Syrien geschickt

Die Professorin für Philosophie der Universität Tunis und Sekretärin des Vereins zur Förderung und Wissenschaft der tunesischen Frauen, Khadidja Ksoûri Ben Hassine erklärte auf einer Konferenz im schwedischen Parlament, dass in der tunesischen Revolution radikale islamische Parteien und Gruppen die Gelegenheit nutzen, um Frauen zu versklaven. Radikalislamische Gruppen würden junge tunesische Frauen täuschen, und sie zu Sexsklavinnen für Dschihadisten, die in Syrien kämpfen, zu machen. Diese Organisationen, so Hassine würden in Universitäten, Gymnasien und Schulen zunächst versuchen, die Frauen dazu zu bewegen, mit ihren Kämpfern in Syrien zu kämpfen und mit diesen eine „Zeitehe“ einzugehen. Die Frauen würden jedoch wie Sexsklavinnen benutzt.

Hassine erklärte, das der Außenminister von Tunesien seit dem Jahr 2012 die Zeitehe von Mohamad bin Abdul Rahman al-Arefe verteidige und zahlreiche hochgestellte Bürokraten ebenfalls erklärt hätten, dass sie es unterstützten dass Frauen für den Dschihad nach Syrien gingen.

Dies sei sehr weit von ihrer Kultur entfernt, und stürzte die Tunesische Gesellschaft in einen Schockzustand. Nach Aussagen von ZeugInnen, die vor dem Innenministerium abgegeben worden sind, sei jedes Mädchen, dass nach Syrien geschickt worden sei, von 20 bis 100 Dschihadisten vergewaltigt worden, viele seien schwanger, und von Geschlechtskrankheiten, wir AIDS betroffen.

Wie bekannt wurde, sei im November letzten Jahres in Universitäten, Moscheen und anderen Orten drei Tage lang Propaganda für die „Zeitehe“ gemacht worden. Einige Prediger haben bekannt gegeben das diese Orte nicht die des Korans seien, die radikal Islamisten wurden somit daraufhin gewiesen sich strafbar gemacht zu haben.
Hassine erklärte, dass die Zukunft der „Dschihad Kinder“ jener Frauen, die schwanger geworden wären sich in einer schizophrenen Lage

Angriff auf die Einheit kurdischer Bevölkerung

Der Hohe Frauenrat KJB erklärte dass der Bombenanschlag in Kobanî zugleich ein Angriff auf die kurdische Einheit sei und erklärte so weiter: „Die Kräfte des patriarchalen und kapitalistischen Systems versuchen mit allen Mitteln die kurdische Bevölkerung ohne Status zu lassen. Hierbei vereinen sich die Kräfte um die kurdische Bevölkerung zu schwächen. Denn darüber hinaus wollen diese eigene Profite erzielen und ein zweites Mal den Vertrag von Lousanne erneuern und umsetzen."
KJB erwähnte auch das sich die kurdische Bevölkerung in Rojava gemeinsam mit anderen Volksgruppen organisiert haben und eine alternative Gesellschaft in Führung kurdischer Frauen aufbauen. Dies sei enorm wichtig und wertvoll. Der Hohe Frauenrat erklärte weiterhin dass die internationalen Staaten gegenüber dem großen Widerstand von Rojava einen großen Niederschlag erlebt haben.
In der Erklärung wurde die aktuelle Situation so geschildert: „Die Kräfte und Staaten des Patriarchats unterstützen die Banden in Syrien indem diese Genozid und Feminizid begehen. Die Kräfte die sich gegen dem erfolgreichen Widerstand von Rojava stellen haben in jeder Hinsicht schon lange verloren, aus diesem Grund nehmen sie sich ungeschützte ZivilistInnen vor und handeln mit der Denkensweise - töte alles was sich bewegt-. Der Angriff war gegen die kurdische Einheit in Rojava. Ziel war die Erfolge durch Morde zu zerschlagen und bekannt zu geben dass alle Werte der kurdischen Bevölkerung auf diese Art und Weise vernichtet werden. Ebenso versuchen diese Banden dadurch die kurdische Bevölkerung einzuschüchtern was unmöglich ist. Der Genozid in Kobanê zeigt dies offensichtlich."

KJB deutete zuletzt daraufhin das es wichtig sei sich gemeinsam mit allen Völkern in dieser Stadt auf der Basis der autonomen Demokratie selbstbestimmt zu organisieren.

Die Koordination KJB sprach der Familie und dem kurdischen Volk Beileid aus und rief die Bevölkerung auf, besonders die Frauen und Jugendliche, sich gegen solche Angriffe zu verteidigen und sich noch besser zu organisieren.

Quelle: Azadiya Welat 14.11.2013

Erdoğan und sein Frauenproblem

Der türkische Premierminister Erdogan hat es mal wieder auf die Frauen abgesehen. In einer öffentlichen Ansprache bemängelte er kürzlich, es entspreche nicht der gesellschaftlichen Tradition, dass männliche und weibliche Studierende gemeinsam wohnten. Diese erneute Einmischung Erdogans ist nicht die erste in seiner Amtszeit. Insbesondere in den vergangenen fünf Jahren konzentrieren sich seine Verlautbarungen auf Frauen. Im Oktober 2009 gab er die Weisung, Frauen sollten mehr Kinder gebären. Auf einer Rentnerversammlung erklärte er: „Jede Familie sollte mindestens drei Kinder bekommen, bevor es zu spät ist." Im August 2013 forderte er, jede Frau solle drei Kinder gebären und sie dem Vaterland schenken. Nur einen Monat später hob er die gewünschte Kinderanzahl von drei auf vier an und begegnete der Kritik an seinen Äußerungen mit den Worten: „Ich spreche lediglich meine Wünsche aus, und das überall, weil die Türkei eine junge Bevölkerung braucht."Den Höhepunkt hatten seine reaktionär-patriarchalen Verlautbarungen jedoch bereits im Mai 2012 erreicht, als er bezugnehmend auf eine Bombardierung der türkischen Luftwaffe auf kurdische Zivilisten in Uludere, bei der Dutzende Jugendliche und junge Männer getötet wurden, seine Ansichten zum Thema Abtreibung zum Besten gab: „Ich weiß, dass Abtreibung geplant stattfinden und dass es sich dabei um Schritte handelt, um einen Bevölkerungswachstum zu verhindert. Deshalb wächst die Bevölkerungszahl nicht. Ich betrachte Abtreibung als Mord, und ich wende mich an die Presse und an die Kreise, denen meine Äußerungen nicht passen: Ihr sprecht bei jeder Gelegenheit von Uludere. Ich jedoch sage: Jede Abtreibung ist wie Uludere". Im gleichen Monat erklärte Erdogan, er sei auch gegen Kaiserschnitte. Diesen mündlichen Interventionen Erdogans folgten Fakten: Es wurden Gesetzesänderungen zum Thema Abtreibung und Kaiserschnitt beschlossen, mit denen die Rechte von Frauen eingeschränkt wurden. Gleichermaßen griff er oppositionelle Frauen in seinen Reden an. Zu Dilşat Aktaş vom Vorstand der Volkshäuser in der Türkei, die bei einem Polizeiangriff auf einer Demonstration einen Hüftbruch erlitt, äußerte er, es sei unklar, ob es sich um ein Mädchen oder eine Frau handele, und thematisierte damit die Jungfräulichkeit der Betroffenen.Warum Erdogan sich berechtigt fühlt, in das Leben von Frauen einzugreifen, hatte er bereits im Juni 2010 offen zum Ausdruck gebracht: „Ich glaube ohnehin nicht an eine Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Ich ziehe es vor, von Chancengleichheit zu sprechen. Frauen und Männer sind verschieden."

Quelle: ANF 07.11.2013

IHD: Seit 1988 in kurdischen Regionen 575 Kinder gezielt getötet

Seit 1988 wurden in kurdischen Regionen 575 Kinder gezielt getötetDas Menschenrechtsverein (IHD) dessen Niederlassung in Amed ist, organisierte zum Weltkindertag am 20. November 2013 eine Konferenz über die aktuellen Kinderrechtsverletzungen. IHD erklärte somit, dass in den letzten 25 Jahren 575 Kinder ihr Leben verloren haben, darunter wurden in den letzten zwölf Jahren seit dem die AKP Regierung an die Macht kam 205 Kinder ermordet.Seit Anfang 2013 haben vier Kinder ihr Leben als Folge der Mienenexplosionen verloren.Laut dem Bericht von IHD wurde festgestellt dass die vier Kinder verdächtig im gleichen Zeitraum, in dem auch zwölf weitere Kinder angeblich Selbstmord begangen und fünf andere an den Folgen von ausgeübten Gewalt ermordet wurden, starben. Die Anzahl der gewaltbetroffenen Kindern durch Vergewaltigung und sexueller Belästigung von Familienangehörigen und Sicherheitskräfte stieg in diesem Jahr auf 48.IHD analysierte im Bericht auch die anhaltenden Problemen der Kinder, wie z.B. Zwangsheirat, Brautaustausch und seit der Geburt zwangsverheiratet. Hierbei wurden die verantwortlichen Beamten für ihre Verantwortungslosigkeit zur Lösung der genannten Problematik kritisiert und zur Rechenschaft gezogen. IHD forderte die Türkei auf, die seit 1995 Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention ist, sich über die Rechte der Kinder erneut wirksam zu machen.

Quelle: ANF 11.12.13

befänden, denn laut Islam fehle die Grundlage für Kinder, die außerhalb einer Ehe gezeugt wurden. Gleichzeitig seien Verhütungsmittel im Isalm verboten.
Hassine erklärte, die Regierungspartei schlage vor, dass die jenigen die diese Kinder als ihre eigene akzeptieren würden, als gutmütige Menschen anerkannt werden.
Hassine erklärte weiterhin, dass die Frauen, die in den Dschihad geschickt wurden, bei ihrer Rückkehr sehr ernste Traumata durchlebten.

Quelle: Bestanûçe 22.11.2013

7. Cenî Kongress

Freiheit für Öcalan und Aufklärung der Paris Morde

Am 09.11.2013 hielt CENÎ e.V. ihre diesjährige Jahreshauptversammlung ab.
Die erstellte Planung fürs kommende Jahr beinhaltet u.a. die Unterschriftskampagne für die Freiheit für Abdullah Öcalan zu verstärken als auch für die Aufklärung der Morde an den drei kurdischen Revolutionärinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez die Kampagne „Wir fordern Gerechtigkeit" weiter auszubauen.
Weitere Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr wurden durch die Versammlungsteilnehmerinnen beschlossen:

- Stärkere Vernetzung verschiedener Kampagnen gegen Gewalt gegen Frauen mit dem Ziel den Feminizid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit neu zu verurteilen und zu stoppen
- Organisation von Frauendelegation für die Wahlen in Kurdistan
- Unterstützung der Frauen in Rojava und die Vernetzung hierzu auf internationaler Ebene
- Die kurdische Frauenbewegung international bekannt zu machen

Cenî, 09.11.2013

Cenî Info
erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05
40009 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715